

Oliver Cann, Public Engagement, World Economic Forum, Tel.: +41 (0)79 799 3405, E-Mail: oca@weforum.org

Schwacher und ungleicher Aufschwung: Der Lebensstandard in Industrieländern hat sich im Durchschnitt der letzten fünf Jahre verschlechtert – neues Wachstumsmodell nötig

- Bericht des Weltwirtschaftsforums legt neuen Rahmen für Wirtschaftswachstum vor, um soziale Inklusion zu verbessern.
- Laut Bericht ist das Pro-Kopf-Einkommen im Jahresmittel in allen Industrieländern im Lauf der letzten fünf Jahre um durchschnittlich 2,4 % zurückgegangen und das Pro-Kopf-Wachstum betrug durchschnittlich weniger als 1 %.
- Neuer Ansatz für Strukturreform soll Wachstum ankurbeln und gleichzeitig Ungleichheit reduzieren.
- Dieses alternative Instrument zur Bewertung der nationalen Wirtschaftsleistung basiert auf inklusiver Entwicklung statt auf dem BIP. 109 Länder wurden bewertet. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Davos-Klosters, Schweiz, 16. Januar 2017 – Das Weltwirtschaftsforum hat heute einen Bericht veröffentlicht, der der Wirtschaftspolitik vorschlägt, ihre Prioritäten zu verschieben, damit sie effektiver auf die Unsicherheit und Ungleichheit reagieren kann, die mit technologischem Wandel und Globalisierung einhergehen. Der *Inclusive Growth and Development Report 2017* (dt. „Bericht über inklusives Wachstum und Entwicklung“) kommt zu dem Schluss, dass die meisten Länder große Chancen verpassen, ihr Wirtschaftswachstum anzukurbeln und gleichzeitig Ungleichheit zu reduzieren – denn das Wachstumsmodell sowie die Messinstrumente, die Entscheidungsträger über Jahrzehnte geleitet haben, müssen grundlegend überholt werden.

Der Bericht legt offen, dass das durchschnittliche Jahreseinkommen in 26 Industrienationen zwischen 2008 und 2013 (bzw. im aktuellsten verfügbaren Zeitraum) um 2,4 % oder 284 \$ pro Kopf zurückgegangen ist. Entwicklungsländer haben sich deutlich besser geschlagen: Das Durchschnittseinkommen ist im Schnitt um 10,7 % oder 165 \$ gestiegen. 23 % davon haben allerdings einen Rückgang des Pro-Kopf-Einkommens um durchschnittlich 9 % zu verzeichnen – im Vergleich dazu registrieren 54 % der Industriestaaten einen Rückgang um durchschnittlich 8 % oder 1.044 \$ pro Person, was 2.505 \$ pro Durchschnittshaushalt entspricht.

Der Bericht argumentiert, dass Entscheidungsträger eine nachhaltige, breit angelegte Verbesserung des Lebensstandards – ein Konzept, das sowohl Einkommen als auch wirtschaftliche Chancen, Sicherheit und Lebensqualität umfasst – anstelle des BIP-Wachstums als großes Ziel der nationalen Wirtschaftsleistung verstehen sollten. Der Bericht schlägt einen neuen politischen Rahmen sowie einen Satz von Messinstrumenten vor, um die Umsetzung zu lenken und die Leistung der Länder entsprechend zu beurteilen.

Inclusive Development Index (IDI). Der Bericht bewertet Länder auf der Grundlage von 12 Leistungsindikatoren der inklusiven Entwicklung. Der Index bietet eine umfassendere Messung der Wirtschaftsentwicklung als nur über das BIP-Wachstum und fußt auf drei Säulen: *Wachstum und Entwicklung*, einschließlich BIP-Wachstum, Erwerbsbeteiligung und Produktivität sowie Lebenserwartung bei guter Gesundheit; *Inklusion*, einschließlich mittleres Haushaltseinkommen, Armut sowie zwei Ungleichheitsmesswerte; *Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit*, einschließlich bereinigte Nettoeinsparungen (inkl. Abbau des Naturkapitals und Investitionen in Humankapital), demografische Abhängigkeitsquote, Staatsverschuldung und Kohlenstoffintensität.

Bei 51 % der 103 Länder, für die diese Daten verfügbar sind, haben sich die IDI-Werte im Lauf der letzten fünf Jahre verschlechtert. Die öffentliche Sorge hat also ihre Berechtigung und die politischen Entscheidungsträger stehen vor der großen Herausforderung, Wirtschaftswachstum in sozialen Fortschritt für alle umzuwandeln. Bei 42 % der Länder hat sich der IDI sogar verschlechtert, obwohl sich das Pro-Kopf-BIP verbessert hat. Hauptschuld daran trägt die ungleiche Wohlstandsverteilung, die in 77 % der Volkswirtschaften um durchschnittlich 6,3 % zugenommen hat.

Einige Länder kommen beim IDI deutlich besser weg als beim Pro-Kopf-BIP. Dies

IDI-Ranking Top 10 und G7	
IDI-Ranking	Land
1	Norwegen
2	Luxemburg
3	Schweiz
4	Island
5	Dänemark
6	Schweden
7	Niederlande
8	Australien
9	Neuseeland
10	Österreich
13	Deutschland
15	Kanada
18	Frankreich
21	Großbritannien
23	Vereinigte Staaten
24	Japan
27	Italien

legt nahe, dass es ihnen verhältnismäßig gut gelungen ist, ihren Wachstumsprozess inklusiv zu gestalten. Zu dieser Gruppe gehören so unterschiedliche Länder wie **Kambodscha**, die **Tschechische Republik**, **Neuseeland**, **Südkorea** und **Vietnam**. Demgegenüber haben andere deutlich niedrigere IDI-Werte als Pro-Kopf-BIP, was vermutlich bedeutet, dass ihr Wachstum nicht mit ausreichend sozialer Inklusion einhergeht. Zu diesen Ländern gehören **Brasilien**, **Irland**, **Japan**, **Mexiko**, **Nigeria**, **Südafrika** und die **Vereinigten Staaten**.

Richard Samans, Mitglied des Forumsvorstands, erklärte: „Es gibt einen globalen Konsens bezüglich des inklusiven Wachstums – er ist allerdings mehr richtungsweisend als praxisorientiert. Um effektiver auf gesellschaftliche Anliegen reagieren zu können, muss die Wirtschaftspolitik den Kompass neu ausrichten: Wir brauchen eine Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards und eine neue mentale Landkarte, in der Strukturreform neu konzipiert und an diese Aufgabe angepasst wird. Volkswirtschaftliche Chefberater und Finanzminister sollten dem genau so viel Bedeutung beimessen wie ihrem traditionellen Fokus auf makroökonomische, finanzielle Aufsichts- und Handelspolitik.“

Neuer Rahmen bzw. „Wachstumsmodell“. Laut Bericht bilden 15 Bereiche der Strukturpolitik und der institutionellen Stärke zusammen das zugrunde liegende „Einkommensverteilungssystem“ der modernen Marktwirtschaften. Und sie sind die maßgeblichen Instrumente, die Entscheidungsträgern zur Verfügung stehen, um Wirtschaftswachstum und soziale Inklusion gleichermaßen zu stärken. Der Bericht argumentiert, dass zunehmende Ungleichheit vor allem „mangelnde Aufmerksamkeit für dieses politische Ökosystem widerspiegelt und nicht ein ehernes Gesetz des Kapitalismus“ ist. Darüber hinaus bietet ein solcher neu konzipierter Prozess der Strukturreform, der sowohl nachfrage- als auch angebotsseitige Aspekte berücksichtigt, vielen Ländern angesichts ihres beschränkten Spielraums in der Finanz- und Fiskalpolitik nach der Finanzkrise von 2008/09 die beste Chance, Wirtschaftswachstum in Schwung zu bringen.

Der Bericht enthält des Weiteren *Politik*-Messwerte – 140 politische und institutionelle Indikatoren in den 15 Politikbereichen, die sowohl stärkeres Wachstum als auch größere gesellschaftliche Inklusion vorantreiben können. Mit ihrer Hilfe können Länder ihre institutionelle Stärke und ihre Politikanreize in diesen Bereichen an ihrer Vergleichsgruppe messen.

Bildung und Kompetenzentwicklung – Zugang; Qualität; Gerechtigkeit
Basisdienstleistungen und Infrastruktur – Basis- und digitale Infrastruktur; Gesundheitsdienstleistungen
Korruption und leistungsloses Einkommen („Rent“) – Geschäfts- und Politikethik; Dichte leistungsloser Einkommen
Finanzvermittlung von realwirtschaftlichen Investitionen – Eingliederung ins Finanzsystem; Vermittlung realwirtschaftlicher Unternehmensinvestitionen
Vermögensbildung und Unternehmertum – Kleinunternehmertum; Besitz von Immobilien- und Vermögenswerten
Beschäftigung und Arbeitnehmerentgelte – produktive Beschäftigung; Lohn und Lohnnebenkosten
Transferleistungen – Steuersystem; soziale Sicherung

Agenda für weltweites inklusives Wachstum. Ausgehend von seinen Ergebnissen, dem Rahmen und der Instrumente schlägt der Bericht eine koordinierte internationale Initiative vor, damit es nicht zu säkularer Stagnation und Streuung (chronisch geringes Wachstum und zunehmende Ungleichheit) kommt: Die Anhebung des durchschnittlichen Lebensstandards der Menschen sollte ins Zentrum der nationalen Politik und der globalen wirtschaftlichen Integration rücken:

- Die großen Volkswirtschaften sollten innerhalb dieses Rahmens gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um ihre Strukturschwäche abzubauen. Dabei erhalten sie Unterstützung von der OECD und anderen internationalen Organisationen. Außerdem werden sie möglicherweise die verbesserte Strukturreformagenda der G20, die während der jüngsten Präsidentschaft von China verabschiedet wurde, erweitern und neue Prioritäten setzen.
- Alle Länder, die im Zusammenhang mit der vierten industriellen Revolution Arbeitsmarktherausforderungen zu bewältigen haben, werden nationale Investitionsziele und Implementierungsstrategien des öffentlichen Sektors und der Privatwirtschaft in fünf Bereichen der Humankapitalbildung festlegen: aktive Arbeitsmarktpolitik (Weiterbildung); Gerechtigkeit beim Zugang zu guter Schulbildung; Geschlechterparität; nicht standardmäßige Leistungen für Arbeitnehmer sowie Sicherungen; außerdem Übergang von der Schule ins Berufsleben. Die Daten lassen den Schluss zu, dass nur wenige Länder gut aufgestellt sind.
- Internationale Finanzinstitutionen sollen diese Neuformulierung und Neuausrichtung von Prioritäten der strukturellen Wirtschaftspolitik in ihre öffentlichen Ankündigungen, ihre Länderberatung und Programme der Entwicklungszusammenarbeit aufnehmen. Darüber hinaus sollten sie für eine ausgewogene gemischte, öffentlich-private Finanzierung von nachhaltiger Infrastruktur – unerlässlich für das Erreichen der Nachhaltigkeitsziele – sorgen, indem sie von direkter Darlehensvergabe auf Risikominimierung, Koinvestition, Aggregation und Projektentwicklung umsteigen.
- Handels- und Investitionszusammenarbeit soll neu ausgerichtet werden: von der Verhandlung formaler neuer Normen wie Freihandelsabkommen hin zu Handels- und Investitionserleichterungen sowohl innerhalb als auch zwischen Ländern, insbesondere im Hinblick auf KMUs, Dienstleistungen und Wertschöpfungsketten. Dadurch kann man eine Annäherung an bewährte Verfahren und Richtlinien fördern und letztlich Konfliktpotenzial verringern, Entwicklungseffekte steigern und gleichzeitig Unterstützung beim Kapazitätsaufbau für diese Zwecke fördern.

Der Bericht wurde als Teil der Multi-Stakeholder-System-Initiative für Wirtschaftswachstum und soziale Inklusion des Forums erarbeitet und beinhaltet schriftliche Beiträge von fünf internationalen Organisationen, drei Unternehmen und einer G20-Regierung, die ihre Beiträge zu dieser Herausforderung darstellen.

Hinweise an Redakteure:

Lesen Sie die **Agenda des Forums** unter <https://www.weforum.org/agenda>

Folgen Sie dem **Forum auf Twitter** unter <http://wef.ch/twitter> und <http://wef.ch/livetweet>

Abonnieren Sie die **Pressemitteilungen des Forums** unter <http://wef.ch/news>

Erfahren Sie mehr über die **Jahresversammlung 2017** unter wef.ch/follow

Werden Sie Fan des Forums auf **Facebook** unter <http://wef.ch/facebook>

Folgen Sie dem Forum auf **Google+** unter <http://wef.ch/gplus>

Das Weltwirtschaftsforum ist die internationale Plattform für öffentlich-private Zusammenarbeit mit dem Ziel, den Zustand der Welt zu verbessern. Das Forum gewinnt führende Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und anderen Gesellschaftsbereichen für die Gestaltung globaler, regionaler und branchenspezifischer Programme (www.weforum.org).



World Economic Forum, 91-93 route de la Capite, CH-1223 Cologny/Geneva
Tel. +41 (0)22 869 1212, Fax +41 (0)22 786 2744, <http://www.weforum.org>